

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0061/2012
Amt/Aktenzeichen 12 18 07 12 11 Dezernat I	Datum 05.01.2012	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Kenntnisnahme	24.01.2012	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 2068/2011 der CDU-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Gonsenheim Zuständigkeitsbereiche der Wahllokale Jockel-Fuchs-Haus und GyGo
Mainz, Januar 2012 In Vertretung: Günter Beck Bürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternative
4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Zu dem Antrag nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Zuordnung der im Antrag genannten Straßen zu den Wahllokalen in den jeweiligen Stimmbezirken ist für die anstehende Oberbürgermeisterwahl im März 2012 aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht mehr zu ändern. Nach dieser Wahl wird die Verwaltung die Straßenzuordnung zu den Wahllokalen überprüfen und den Ortsbeirat erneut informieren.

Bezüglich der Beschwerden über die Unterbringung des Wahllokals im „Seniorenzentrum Jockel Fuchs“ hat die Verwaltung die Örtlichkeit überprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein anderer geeigneter Raum im Seniorenzentrum nicht vorhanden ist. Durch einfache organisatorische Maßnahmen bzgl. der Ausschilderung des Wahlraums und der Positionierung der Sitzgruppen im Speisesaal in Verbindung mit den dort vorhandenen zwei separaten Eingängen lässt sich jedoch gewährleisten, dass die Wähler nicht mehr quer durch den Speisesaal in den Wahlraum laufen. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Ortstermins mitgeteilt, dass der Einrichtung keine Beschwerden von Bewohnern über die Abläufe bei der Landtagswahl bekannt sind.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass mit den o.g. Modifikationen das Wahllokal im „Seniorenzentrum Jockel Fuchs“ beibehalten wird, um den teilweise erheblich mobilitätseingeschränkten Bewohnern weiterhin die Möglichkeit der Stimmabgabe in der Einrichtung zu geben.